

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Oktober 2019

hauptstadt magazin

Deutsche Oper Berlin
Leidenschaft, Größe
und Tiefgang



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© Michael Wittig

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

eine Stimme der Vernunft ist endlich in Sachen Personalgewinnung laut geworden, nicht etwa aus Berlin, sondern aus Thüringen. Klipp und klar fordert die dortige Landesfinanzministerin eine Rückkehr zur bundeseinheitlichen Besoldung, um den öffentlichen Dienst in den finanzschwachen Bundesländern vor dem Ausbluten zu bewahren.

Wie recht sie damit hat, ist im September nochmals bei einer Veranstaltung „dbb berlin im dialog“ mit dem CDU-Landesfraktionsvorsitzenden Burkard Dregger klargeworden. Bestürzend und unbegreiflich waren insbesondere die Berichte der Teilnehmer über die Mangelverwaltung vor Ort. Mit Flickschustereien und Minizugeständnissen des Finanzsenators ist hier wirklich nichts mehr auszurichten.

Das hat auch die Berliner IHK mit ihrer Kampagne „eine Stadt – eine starke Verwaltung“ erkannt. Die Halbzeitbilanz der Kampagne sieht allerdings bescheiden aus. Was die Personalentwicklung betrifft, steht die Ampel auf Rot, musste IHK-Präsidentin Beatrice Kramm vor der Presse einräumen.

Trotzdem verzettelt sich der Berliner Senat immer noch in ideologischen Grabenkämpfen, anstatt die substantiellen Probleme des öffentlichen Dienstes zu lösen. Der Gesetzentwurf zur Einführung der „Pauschalen Beihilfe“ ist ein typisches Beispiel dafür. Im Kern wird hier eine verdeckte Attacke gegen das bewährte Beihilfesystem geritten.

Wie gut, dass es neben den Wirren der Berliner Politik auch noch eine Welt der schönen Künste in der Hauptstadt gibt. Rechnung getragen haben wir dieser wunderbaren Tatsache in der aktuellen Ausgabe mit dem Titelthema „Deutsche Oper Berlin“, einem der renommiertesten Opernhäuser der Welt.

Viel Spaß beim Lesen und vielleicht bei einem Opernbesuch wünscht

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin.

Inhalt

Besoldung

Bundeseinheitliche Besoldung gefordert 4

Beihilfe

Mogelpackung „Pauschale Beihilfe“ 6

Dienstrecht

Verwendungsbeförderung bleibt unzureichend 7

Veranstaltungen

Dialog mit Burkard Dregger 6

Ernüchternde Halbzeitbilanz 8

Titelthema

Deutsche Oper Berlin 10

Justizvollzug

Krankenhaus in Plötzensee 12

Unterhaltung

Preisrätsel 14

Berliner Krankenhäuser

Investitionsoffensive gefordert 15

Zum guten Schluss

Unterschrift muss nicht lesbar sein 15

Pflegeeltern gesucht! 16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. Telefon: 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. Internet: www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: post@dbb.berlin.

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@

dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Christiane

Polk, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigendisposition:

Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712.

Preisliste 16, gültig ab 1.10.2018. Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien,

Marktweg 42-50, 47608 Geldern. Layout: FDS, Geldern.

Fotos: wie angegeben. Titelbild: Die Entführung aus dem

Serail, © Thomas Aurin.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die

Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die

Meinung des Herausgebers wieder.

Becker erwartet Berliner Unterstützung für Thüringer Vorstoß

Rückkehr zur bundeseinheitlichen Besoldung gefordert

Auf uneingeschränkte Zustimmung des dbb berlin stößt die Forderung der Thüringer Finanzministerin Heike Taubert nach Rückkehr zur bundeseinheitlichen Besoldung. dbb Landeschef Becker: „Diese Stimme der Vernunft war längst überfällig. Schon viel zu lange driftet die Besoldung in Bund und Ländern auseinander und hat bereits zu ersten Verwerfungen im staatlichen Leistungsangebot geführt.“

Taubert hatte sich am Rande einer Sitzung des Finanzausschusses des Bundesrates am 5. September 2019 in Berlin besonders besorgt über die schlechten Chancen finanzschwacher Länder und Kommunen im zunehmend problematischen Wettbewerb um Nachwuchs und Fachkräfte gezeigt: „Daher habe ich mich zusammen mit Brandenburg ausdrücklich dafür ausgesprochen, dass die Besoldung – wie es bis 2006 der Fall war – bundeseinheitlich geregelt wird.“

Unter diesem ungleichen Wettbewerb hat der Berliner öffentliche Dienst besonders stark zu leiden, denn die bundesweit am schlechtesten bezahlten Berliner Beamtinnen und Beamten wandern in Scharen in die sehr viel besser zahlenden ortsansässigen Bundesbehörden, aber auch ins nahe Brandenburg ab. Seit Jahren warnt der dbb berlin deshalb vor einem Ausbluten des Landesdienstes, das in weiten Bereichen längst stattfindet und nur noch durch besonders großes Engagement und zahllose Überstunden der verbliebenen Kräfte notdürftig aufgefangen werden kann. „Ohne Wettbewerbschancen auf dem Nachwuchsmarkt und angesichts steigender altersbedingter Abgänge wird die Situation zwangsläufig eskalieren,“ prognostiziert Becker. „Finanzminister Matthias Kollatz (SPD) ist deshalb gut beraten, für fairen Wettbewerb zu sorgen und den Vorstoß seiner Thüringer Kollegin und Parteifreundin bedingungslos zu unterstützen.“



Zustimmung bei dbb Landesbünden

Nicht nur beim dbb berlin würde eine Rückkehr zur bundeseinheitlichen Besoldung nachdrücklich begrüßt werden. Der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen wie auch der dbb brandenburg haben sich der Forderung ihrer Finanzministerin bzw. ihres Finanzministers vorbehaltlos angeschlossen: „Die Nachwuchsgewinnung gestaltet sich durch die unterschiedliche Besoldung immer schwieriger“, heißt es aus beiden Ländern. Und auch in Mecklenburg-Vorpommern kennt man die Problematik nur zu gut: Unter Hinweis auf die Abwanderungs- und Nachwuchsproblematik heißt es vom dortigen dbb Landesbund: „Es ist wirklich an der Zeit, den Wettbewerbsföderalismus zuungunsten finanzschwacher Länder – zu denen ohne Zweifel auch Mecklenburg-Vorpommern gehört – zu beenden.“ ■

„Pauschale Beihilfe“

Mogelpackung mit hohem Risikopotenzial

Der Berliner Senat hat einen Gesetzentwurf zur Einführung der „Pauschalen Beihilfe“ nach dem sogenannten Hamburger Modell vorgelegt und ist damit auf strikte Ablehnung des dbb berlin gestoßen. Denn was zunächst recht harmlos als weitere Wahlmöglichkeit zur Absicherung des Krankheitsrisikos für Beamtinnen und Beamten daherzukommen scheint, entpuppt sich bei näherem Hinsehen nicht nur als unvorteilhafte Alternative für die Betroffenen, sondern auch als verdeckter Angriff auf das bewährte Beihilfesystem.



Vorgesehen ist, jungen Beamtinnen und Beamten künftig die Wahl zwischen bisherigem Beihilfesystem und einer pauschalen Beihilfe als Arbeitgeberbeitrag für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) anzubieten

Pferdefuß an der „Pauschalen Beihilfe“ für die Betroffenen ist, dass es keinen Weg zurück gibt: Wer sich einmal für die GKV entschieden hat, bleibt ein Leben lang dort Mitglied und kann schon beim berufsbedingten Wechsel in ein anderes Bundesland auf massive Probleme stoßen. Denn der Zuschuss wird bisher nur in Hamburg und Bremen gewährt. Auch im Alter kann es ein böses Erwachen geben, wenn die GKV-Beiträge auf alle Einkommensarten inklusive Lebensver-

sicherung, Kapitaleinkünfte oder auch Mieteinnahmen erhebt.

Viel schwerer wiegt allerdings, dass die „Pauschale Beihilfe“ praktisch als Speerspitze zur Einführung einer sogenannten einheitlichen Bürgerversicherung dient und auf die Abschaffung des eigenständigen Krankensicherungssystems der Beamten – quasi durch die Hintertür – abzielt.

Welche verheerenden Folgen das wiederum nicht nur für Beamtinnen und Beamte, sondern für das gesamte Gesundheitssystem in der Bundesrepublik hätte, hat der Verbandsdirektor der PKV, Dr. Florian Reuther, dem hauptstadt magazin gegenüber klar gestellt (siehe Kastentext). ■

Die „Pauschale Beihilfe“ für Beamte bringt nur Nachteile

Was als „Stärkung der Wahlfreiheit von Beamten“ verkauft wird, hat in Wirklichkeit rein ideologische Gründe. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Karl Lauterbach hat die erstmalige Einführung der pauschalen Beihilfe in Hamburg dementsprechend als „großartigen Schritt in Richtung Bürgerversicherung“ bezeichnet. Die SPD, Grüne und die Linke erhoffen sich, das Projekt Bürgerversicherung, dem sie mehr als 15 Jahre nicht nähergekommen sind, nun in Teilschritten einzuführen. Einer davon soll die „Pauschale Beihilfe“ für Beamte sein. Das Kalkül: Es sollen sich noch mehr Menschen im umlagefinanzierten System der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und nicht in der privaten Krankenversicherung (PKV) absichern.

Angesichts der alternden Bevölkerung und einer abnehmenden Zahl von Erwerbstätigen in Deutschland ist das jedoch das falsche Signal. Denn die demografische Entwicklung stellt die GKV vor eine enorme Herausforderung: Dort müssen die Erwerbstätigen letztlich die Ausgaben der Ruheständler mittragen, weil die GKV-Beiträge auf Renteneinkünfte und sonstige Ruhegelder nicht kostendeckend sind.

Die PKV hingegen arbeitet mit dem Kapitaldeckungsverfahren. Das macht sie von der demografischen Entwicklung unabhängiger. Grundsätzlich gilt, dass die Beiträge der Versicherten von Beginn an so kalkuliert sind, dass sie schon in jungen Jahren selbst Vorsorge für ihre altersbedingt steigenden Gesundheitsausgaben treffen. So sind sie nicht auf die Finanzierung durch nachfolgende Generationen angewiesen. Die logische Schlussfolgerung wäre es daher, dass sich mehr Menschen im kapitalgedeckten System der PKV versichern, um das demografieanfällige Umlageverfahren der GKV zu entlasten.

Die Stärken der PKV werden in einer alternden Gesellschaft nicht nur Bestand haben, sondern sogar noch an Bedeutung gewinnen. Wahlfreiheit, lebenslange Leistungsgarantie, Eigenverantwortung, die Bildung von Altersrückstellungen oder auch Therapiefreiheit und ein schneller Zugang zu medizinischen Innovationen sind entscheidende Wesensmerkmale der PKV. Von diesen Vorteilen sollten die Beamten auch in Zukunft profitieren können.

Dr. Florian Reuther

dbb berlin im dialog

Nicht durchdachte Schnellschüsse ...

... charakterisieren die Berliner Politik in weiten Teilen und sorgen für Unverständnis bei Bürgern und Chaos in der ohnedies schwer überlasteten Verwaltung. Bei einer Diskussion mit dem Fraktionsvorsitzenden der Berliner CDU, Burkard Dregger, im Rahmen der Veranstaltungsreihe „dbb berlin im dialog“, kritisierten Gast und Teilnehmer übereinstimmend Vorgaben und Beschlüsse der Koalition, die kontraproduktiv, über das Knie gebrochen oder kaum durchführbar sind.



© Thomas Gojny

dbb berlin im Dialog mit Burkard Dregger MdA und dbb Landeschef Frank Becker (von links)

Anstatt die Kernaufgaben des Staates, nämlich Sicherheit, Recht und Ordnung, Bildung und Gesundheitswesen mit den bestehenden Regeln durchzusetzen, warf Dregger den Regierungsparteien vor, verfange sich die Koalition zunehmend im ideologischen Dickicht, ohne wirkliche Problemlösungen aufzuzeigen. Das gelte etwa für den Rückbau von Straßen, ohne dass zuvor für die täglich 300.000 bis 400.000 Pendler der öffentliche Nahverkehr entsprechend ausgebaut worden wäre. Die Konsequenz mehr klimaschädliche Emissionen durch endlose Verkehrsstaus, also das genaue Gegenteil des angestrebten Ziels.

Bildungspolitisches Desaster

Ebenso „scheuklappig“ sieht es in weiten Teilen der Bildungspolitik aus: Weil Berlin seine Lehrer aus ideologischen Gründen partout nicht verbeamen will, hat es sich gleich in mehrere Sackgassen manövriert. Über 600 Lehrer verlassen Berlin alljährlich wegen dieser Vorgabe. Und das, obwohl jetzt schon 60 Prozent der Stellen mit Quereinsteigern ohne jede pädagogische Ausbildung besetzt werden müssen. Das Resultat: Jedes Jahr bleiben 3.000 Berliner Schüler ohne Abschluss und werden in die Perspektivlosigkeit entlassen. Das Image aufpolieren sollen jetzt offenbar Schulspeisung und kostenloses Schülerticket. Wieder ein Schnellschuss: Denn die Essensausgabe in den da-

für überhaupt nicht ausgerichteten Schulen geht zu Lasten der ohnehin knapp bemessenen Unterrichtszeit und löst von den essenziellen Problemen der Berliner Schulen nicht einen Deut. Weder den Sprachproblemen ist damit beizukommen, noch der geringen Anziehungskraft des schlecht bezahlten Berliner Schuldienstes für den Lehramtsnachwuchs. Versuche, mit „Fangprämien“ ausgebildete Lehramtsanwärter nach Berlin zu locken, fallen den Initiatoren spätestens dann auf die Füße, wenn die teuer angelockten Fachkräfte nach wenigen Jahren die Hauptstadt wieder verlassen, um sich möglichst in anderen Bundesländern verbeamen zu lassen. Den älteren Lehrkräften, die das System maßgeblich vor dem Kollaps bewahren, ist eine solche Politik allerdings nicht mehr zu vermitteln.

Von ähnlichen „Drehtüreffekten“ kann man auch in den Bezirksämtern ein trauriges Lied singen.

Personalentwicklung fehlt

„Es ist absehbar, wann in den Behörden die Lichter ausgehen“, hieß es auch im Hinblick auf die vom Senat offenbar völlig ignorierten Konsequenzen der demografischen Entwicklung, die in den nächsten fünf bis sechs Jahren 35.000 Stellen durch altersbedingte Abgänge freierwerden lässt. Sie wiederzubetzen

dürfte zumindest unter den gegenwärtigen schlechten Beschäftigungsbedingungen im Berliner öffentlichen Dienst kaum möglich sein.

Es fehlt an einer klaren Führung in Personalfragen, konstatierte Dregger in Übereinstimmung mit der Diskussionsrunde. Weil kein Kompetenzzentrum für

Personalentwicklung in Berlin existiert, fehle auch jede unternehmerisch strategische Sichtweise.

Die gegenwärtig vorrangig haushalterische Sichtweise des für den öffentlichen Dienst zuständigen Finanzsenators habe wesentlich zu der katastrophalen personellen Situation im Landesdienst beigetragen. ■

Einführung der Verwendungsbeförderung

Gesetzentwurf greift zu kurz

Berlin will die Verwendungsbeförderung einführen – eine Maßnahme, die das Laufbahngruppensystem durchlässiger machen und Perspektiven für leistungsstarke, erfahrene Beamtinnen und Beamte eröffnen soll. Der dbb berlin hat dieses wichtige Instrument zur Stellenbesetzung von Dienstposten, die Berufserfahrung voraussetzen, seit Langem gefordert. Der Entwurf der Senatsverwaltung bleibt allerdings in höchst bescheidenen Ansätzen stecken.

Viel zu kurz greift er nach Einschätzung des dbb berlin, weil er Verwendungsbeförderungen bis nach A 14 nur für Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppe A 12 mit mindestens fünf Jahren Berufserfahrung vorsieht – und das auch nur nach jahrelangem, eher abschreckenden Prozedere. Wenn man für leistungsstarke Beamtinnen und Beamte mit Berufserfahrung echte zusätzliche Entwicklungsmöglichkeiten schaffen, ihnen Wertschätzung vermitteln und Motivationsanreize geben will, muss es Beförderungsmöglichkeiten bis zum zweiten Beförderungsniveau der nächsthöheren Laufbahn geben.

Eine entsprechende Bundesregelung hat sich seit vielen Jahren als wertvolles Personalentwicklungsinstrument bewährt.

Überhaupt keinen sachlichen Grund gibt es für den dbb berlin schließlich, wie es in seiner Stellungnahme gegenüber der Senatsverwaltung für Finanzen heißt, die Verwendungsbeförderung auf bestimmte Laufbahnfachrichtungen zu beschränken. Sie muss vernünftigerweise natürlich in allen Fachrichtungen – einschließlich der Vollzugslaufbahnen – greifen und darf nicht auf die im Gesetzentwurf genannten beschränkt werden. Selbst die jetzt im Gesetzentwurf genannten Einsatzbereiche innerhalb einer Laufbahn sind viel zu eng definiert und müssen weitergefasst werden. ■



Kampagne „Eine Stadt – eine starke Verwaltung“

Ernüchternde Halbzeitbilanz



Einen furiosen Start hat die IHK Berlin vor einem halben Jahr mit der von ihr initiierten Verwaltungskampagne hingelegt. Im Nu hatten sich 39 Partner aus allen organisierten gesellschaftlichen Gruppen Berlins gefunden, unter ihnen der dbb berlin. Sie alle eint – ob „vor oder hinter dem Schalter“ – massiver Frust über die kaputtgesparte Berliner Verwaltung.

Schon der Zusammenschluss der Kampagnenpartner, der alle politisch Verantwortlichen wachrütteln und von der Dringlichkeit der Problematik überzeugen sollte, ist zweifellos ein großer Erfolg – die Halbzeitbilanz hat jetzt allerdings gezeigt, dass die Umsetzung der Verwaltungsreform lediglich in Trippelschritten vorangeht.

Dafür gibt es viele Gründe, wie der Staatssekretär für Verwaltungsmodernisierung, Frank Nägele, bei einer Veranstaltung zur Halbzeitbilanz am 11. September 2019 klarstellte. Da spielen die unklaren Zuständigkeiten zwischen Land und Bezirken, die immer wieder Prozesse be- wenn nicht sogar verhindern, eine ebenso verhängnisvolle Rolle wie der Mangel an kompetentem und geschultem Führungspersonal in der Verwaltung selbst. „Zu viele Beschäftigte arbeiteten weniger ergebnisorientiert als in einem Absicherungsmodus, um juristisch nicht angreifbar zu sein“, lautet der Befund. Schließlich sind dem Reformwillen des Staatssekretärs auch verfassungsrechtliche Grenzen gesetzt. Aufgabenteilung und Hierarchie zwischen Land und Bezirken beispielsweise lassen sich

ohne Verfassungsänderung gar nicht neu zuschneiden und darauf will und kann niemand mehr warten

Kompetenzgerangel beenden!

Umso erfreulicher, dass es zielorientierte Gespräche in Sachen Verwaltungsreform zwischen beiden Gebietskörperschaften gibt, die auch Erfolge zeigen. Einig geworden ist man sich beispielsweise über die Einführung einer Führungsakademie, betonte die Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, Monika Herrmann. Sie, ebenso wie der Staatssekretär, wollen ganz offensichtlich den Eitelkeiten um die Machtverteilung und dem Kompetenzgerangel zwischen Senatsverwaltung und Bezirken eine Ende setzen, die in der Vergangenheit Reformkonzepte immer wieder ins Leere laufen ließen und Überregulierungen Vorschub geleistet haben. Stattdessen werden vernünftige Zielvereinbarungen angestrebt.

Beschäftigte mitnehmen!

Die Berliner IHK-Präsidentin Beatrice Kramm schrieb ihnen dazu dankenswerterweise ins Stammbuch, dass erste Priorität bei allen Anstrengungen um die Reform die Mitnahme der Beschäftigten haben muss. Dringend gefragt seien deshalb attraktive Ausbildungsangebote, mobile und flexible Arbeitsplätze, eine wettbewerbsfähige Bezahlung und motivierende Karrierechancen. Zum Thema Zielvorgaben gab sie zu bedenken, dass diese ohne Kontrollmechanismen und Sanktionen zur Wirkungslosigkeit verurteilt sind.

In einer anschließenden Pressekonferenz sorgte die Präsidentin nochmals für Druck auf die verantwortlichen Politiker: „Es ist noch nicht genug passiert.“ Tausende Stellen seien nicht zu besetzen, der Landesdienst weise eine überdurchschnittlich hohe Krankheitsquote auf, Dienstgebäude und technische Ausstattung seien nicht mehr zeitgemäß bzw. in einem desolaten Zustand und starre Laufbahnen hemmten Fortkommen und Motivation.



Der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Thomas Goiny (rechts) und die Berliner IHK-Chefin Beatrice Kramm (Mitte) skizzieren vor der Presse die brisante Personalsituation im Landesdienst.

Hilflose Politik

Den dramatischen Personalnotstand und seine fatalen Folgen für Bürger und Wirtschaft thematisierte auch der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Thomas Goiny in seinem Statement vor der Presse. Verschärft werde die gegenwärtige massive Unterbesetzung in naher Zukunft noch durch die Auswirkungen des demografischen Wandels. Bis 2026 werden nicht weniger als 35.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Berliner Landesdienst in den Ruhestand gehen, rechnete Goiny vor und die Politik reagiere mit überraschender Hilflosigkeit. „Von wem sollen dann die Aufgaben bewältigt werden,“ fragte der stellvertretende dbb Landeschef, „wenn nicht unverzüglich in der Personalpolitik umgesteuert wird.“ Zusätzlich zu einer Angleichung der Bezahlung gelte es insbesondere mehr berufliche Aufstiegsmöglichkeiten zu eröffnen.

Dem Berliner Senat warf Goiny vor, auch über die besonderen Erschwernisse, denen ein Großteil der Beschäftigten ausgesetzt ist, wie jahrzehntelanger Schicht- und Wechselschichtdienst und ständiger Umgang mit einer schwierigen Klientel, einfach

hinwegzusehen und damit seine Fürsorgepflicht zu verletzen.

Von den Führungskräften im öffentlichen Dienst wünschte sich Goiny schließlich mehr Entscheidungsfreude und Empathie, räumte angesichts der übervollen Dienstpläne aber ein, dass keine Führungskultur ohne angemessenen Zeitaufwand wirksam werden kann.

Bereits beim 1. Strategieforum der BerlinStrategie 2030, mit der der Senat den Rahmen für die Entwicklung der Stadt im kommenden

Jahrzehnt setzt, hatte der stellvertretende dbb Landesvorsitzende des dbb berlin, Thomas Goiny, Ende August in der Arbeitsgruppe, Kultur, Bildung und Verwaltung Vorstellungen darüber vermisst, wie die einzelnen Behörden angesichts des demografischen Wandels handlungsfähig gehalten werden sollen. Es fehle, so Goiny, nicht nur eine effiziente, zentrale Werbekampagne, sondern vor allem an attraktiven und perspektivischen Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst.





Deutsche Oper Berlin

Leidenschaft, Größe und Tiefgang

... erwartet Besucherinnen und Besucher in der Deutschen Oper Berlin, einem der größten Opernhäuser Europas. Unterhaltung der Extraklasse ist mit diesen drei Charakteristika garantiert. Wie Intendant Dietmar Schwarz in einem Gespräch mit dem **hauptstadt**magazin**** betonte, steht hinter den Inszenierungen aber auch gesellschaftlicher Gestaltungswille.

„Wir wollen, dass unsere Besucher die Vorstellungen anders verlassen als sie hineingegangen sind“, unterstreicht Schwarz und meint damit emotionaler, empathischer und humaner.

Denn gerade die Oper, die mit Gesang, Orchester, Darstellung und Tanz, Bühnenbild und Kostümen fast alle Sinne des Publikums fesselt, vermag es in besonderem Maße in die Gefühlsebene der Menschen einzudringen, sie zum Lachen und Weinen aber auch zur Besinnung auf die Werte der pluralistischen Gesellschaft zu bringen. Ohne diesen Auftrag wäre auch die staatliche Subventionierung von nicht weniger als 83 Opernhäusern in der Bundesrepublik nicht zu rechtfertigen, bemerkt Schwarz.

Große Programmauswahl

Allein in der Deutschen Oper stehen in dieser Spielzeit vierzig unterschiedliche Titel auf dem Programm. In den Premieren, u. a. Verdis „Macht des Schicksals“, Tschaikowskis „Pique Dame“ oder Brittens „Sommernachtstraum“ geht es vor allem um Grundfragen der Existenz, Schuld, Vergebung, Liebe, Triebhaftigkeit oder auch Sucht. Nach der Tradition des Hauses wird dabei Neuinterpretationen weiter Raum gegeben, wobei es um die Aussage geht, auch wenn die Ästhetik nicht immer jedem gefallen mag.

Aber auch wer etwas traditionellere Kost bevorzugt, findet im Spielplan ein verlockendes Angebot u. a. mit fünf Puccini-Opern, der Thalbach-Inszenierung

des „Barbier von Sevilla“ und einer farbenfrohen Inszenierung der „Zauberflöte“, die mit mehr als 300 Aufführungen zum Publikumsliebling avanciert ist.

Spezielle Angebote für junge Menschen

Über die Auslastung der Oper kann sich der Intendant nicht beklagen. Das Haus unternimmt allerdings auch viel, um insbesondere junge Menschen an die Oper heranzuführen. Schon für die Allerkleinsten werden Babykonzerte veranstaltet. Ein Kinderchor und ein Jugendclub sorgen in späteren Jahren für einen altersgemäßen Zugang zur Welt des Musiktheaters. Natürlich werden auch günstige Tickets für Schüler, Studenten und Auszubildende angeboten. Letztere können sogar noch Restkarten für Premieren eine Stunde vor Veranstaltungsbeginn erwerben, vorausgesetzt, die Vorstellung ist nicht bereits ausgebucht.

Auch für Senioren gibt es neuerdings ein besonders attraktives Angebot bei sogenannten Generationenvorstellungen. Schließlich müssen auch Menschen mit Handicap einen Opernbesuch nicht scheuen, denn das Haus ist barrierefrei.

Fast 2.000 Zuschauerplätze

Größe spiegeln nicht nur die Aufführungen wider, auch das Haus selbst und insbesondere seine Bühne sind groß. Der Zuschauerraum umfasst die stattliche Anzahl von 1.850 Plätzen – wobei die Deutsche Oper,



Intendant Schwarz vor der Deutschen Oper Berlin.

wie der Intendant betont, ein „basisdemokratisches“ Haus ist, d. h. die Akustik ist auf allen Plätzen gut und die Sicht nirgendwo ganz oder teilweise eingeschränkt. Damit trägt der Bau der Tradition des vor dem 1. Weltkrieg von Charlottenburger Bürgern gegründeten Hauses Rechnung, das nicht in erster Linie – wie in vielen alten Häusern – auf gute Sicht für die Königsloge abhob.

„Ein Opernhaus muss nicht plüschig sein,“ bemerkt Intendant Schwarz zu der nüchternen Nachkriegsarchitektur des 1912 als „Bürgeroper“ gegründeten und nach seiner vollständigen Zerstörung im 2. Weltkrieg 1961 wiedereröffneten Hauses. Weder eine auffallende Fassade noch ein festliches Portal schmückt die Oper von außen. Architekt Bornemann hat stattdessen mit vielen Foyers und grandiosen Freitreppen Größe nach innen verlagert. Nach den Beobachtungen des Intendanten führt dies übrigens gerade in den letzten Jahren dazu, dass das Publikum zunehmend einen festlichen Bekleidungsstil bevorzugt.

Große Namen

Überhaupt ist das Berliner Opernpublikum ausgesprochen leidenschaftlich, vielleicht auch ein Grund, dass internationale Gaststars immer wieder gern in der Deutschen Oper Station machen. In der jetzt angelaufenen Saison dürfen sich die Besucher u. a. auf Anna Netrebko, Roberto Alagna und Vittorio Grigolo freuen.

An großen Namen hat es in der Deutschen Oper allerdings nie gefehlt. In den letzten Jahren gastierten neben den bereits genannten u. a. Anja Harteros, Elina Garanca, Angela Gheorghiu, Patrizia Ciofi, Natalie Dessay, Waltraud Meier, Evelyn Herlitzius, Adrienne Pieczonka, José Cura, Jonas Kaufmann, Johan Botha, Klaus Florian Vogt, Peter

Seiffert, Neil Shicoff, Joseph Calleja, Zeljko Lucic, Dmitri Hvorostovsky, Ildebrando D’Arcangelo sowie Matti Salminen. Abgesehen davon sucht das feste Ensemble seinesgleichen.

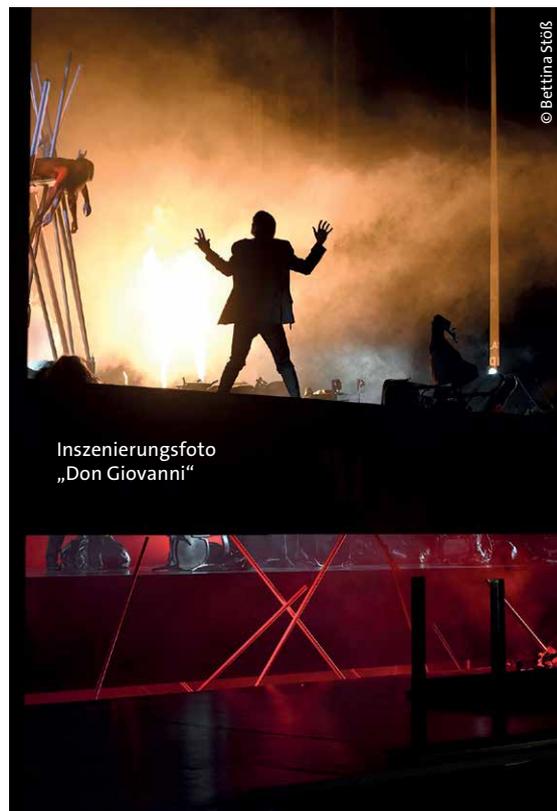
Auch die Reihe der Gastregisseure und Intendanten kann sich sehen lassen. Die wegweisenden Inszenierungen von Götz Friedrich etwa sind beim Berliner Publikum unvergessen und kommen zum Teil heute noch zur Aufführung.

Weichen für Weiterentwicklung gestellt

Mit ihrem jetzigen Intendanten Dietmar Schwarz, der im Sommer 2012 die Leitung des Hauses übernommen hat, ist die Deutsche Oper ihren hohen Qualitätsansprüchen treu geblieben. Immerhin wurde das Haus in Basel, in dem Schwarz als Operndirektor tätig war, gleich zweimal als „Opernhaus des Jahres“ ausgezeichnet. Zuvor hatte er am Nationaltheater Mannheim, in Bremen, Frankfurt und Freiburg gewirkt. Auch ihrem Anspruch auf zeitgemäße Weiterentwicklung ist die Deutsche Oper Berlin mit dieser Intendantenwahl gerecht geworden, denn Schwarz ist die Präsentation zeitgenössischen Musiktheaters ein besonderes Anliegen.

Operangebot nutzen!

Für alle, die bisher noch keinen oder wenig Zugang zur Oper gefunden haben und neugierig geworden sind: Nutzen Sie das herausragende Angebot des Hauses und lassen Sie sich in die Wunderwelt von Tiefgang, Größe und Leidenschaft entführen. Zum besseren Verständnis des Werks wird übrigens vor vielen Vorstellungen eine Einführung 45 Minuten vor Vorstellungsbeginn angeboten. Näheres unter www.deutscheoperberlin.de.



Inszenierungsfoto „Don Giovanni“



Das Justizvollzugs Krankenhaus in Plötzensee

Justizvollzugs Krankenhaus Berlin

Spagat zwischen Krankenpflege und Strafvollzug

Im Charlottenburger Norden werden Insassen der Berliner Strafanstalten in einem eigenen Justizvollzugs Krankenhaus stationär behandelt und gepflegt – und zwar nicht besser und nicht schlechter als jeder gesetzlich versicherte Patient in anderen Krankenhäusern. Doch damit hören die Gemeinsamkeiten auch fast schon auf, wie sich das hauptstadtmagazin** bei einem Besuch in dem besonderen Krankenhaus überzeugen konnte.**

Das fängt schon damit an, wie der Ärztliche Direktor und Leiter Medizin im Berliner Justizvollzug, Dr. Marc Lehmann, ausführt, dass die Gefangenen viel höhere Krankheitslasten aufweisen als die Durchschnittsbevölkerung. Bei über 85 Prozent sind seelische Befunde feststellbar. HIV, Hepatitis C oder TBC werden fast bei jedem Fünften diagnostiziert und die Folgeprobleme eines ungesunden und oft von Drogenabhängigkeit begleiteten Lebenswandels tun ein Übriges dazu, die Klientel im Schnitt nicht weniger als 17 Jahre voraltern zu lassen.

Ständiger Spagat

Ärzte, Pfleger und Therapeuten tun ihr Bestes nicht nur zur Wiederherstellung und Erhaltung der Gesundheit, sondern auch zur Vorbereitung ihrer Patienten auf ein Leben in der Gesellschaft.

Lehmann beschreibt die anspruchsvolle Aufgabenstellung im Vollzugs Krankenhaus als ständigen Spagat zwischen resozialisierendem Strafvollzug einerseits und dem medizinischen Auftrag der Gesundheitsversorgung andererseits. Im Einzelfall kann das durchaus eine Gratwanderung zwischen empathischer medizinischer Versorgung und Einhaltung der Sicherheitserfordernisse bedeuten.

Angesichts dieser doppelten Verantwortung ist leistungsfähiges, qualifiziertes aber auch einfühlsames Personal ganz besonders gefragt, das neben den ohnehin großen Herausforderungen eines Krankenhausalltags auch mit protestierenden, sich verweigernden oder auch trickreichen Patienten umzugehen und sie zu gesundem Leben zu motivieren vermag. Mit dem geltenden Bezahlungsniveau und dem starren Besoldungssystem ist das allerdings nur schwer zu machen.

Akuter Personalmangel

Allein sieben von 34 Ärztstellen sind unbesetzt, 20 Krankenpflegerinnen bzw. -pfleger fehlen und auch im medizinisch-technischen Bereich sieht die Lage nicht rosig aus. Tatsächlich muss man schon viel Idealismus mitbringen, wer eine Stelle im eher bescheiden bezahlten Strafvollzug antritt, der auch nicht mit besonders familienfreundlichen oder flexiblen Arbeitsbedingungen punkten kann. Im Gegenteil, die Rund-um-die-Uhr-Betreuung erfordert dauerhaft Schicht- und Wechselschichtdienst.

Dass „der Laden“ trotz chronischer Unterbesetzung läuft, ist nicht zuletzt einem hervorragenden Teamgeist geschuldet, der von den Beschäftigten berufsübergreifend gepflegt wird, sind sich die Personalratsvorsitzende im Justizvollzugs Krankenhaus, Carola Wolter, und Falko Fritz aus dem Pflegedienst und der Ärztliche Direktor Marc Lehmann einig.

„Die Zusammenarbeit mit der Beschäftigtenvertretung ist hoch konstruktiv“, betont Wolter, nicht zuletzt weil das Justizvollzugs Krankenhaus sinnvollerweise wegen seiner besonderen Aufgabenstellung über einen eigenen örtlichen Personalrat verfügt. Auch Carola Wolter, die neben der Personalratsarbeit als Physiotherapeutin tätig ist, leistet in ihren Therapiestunden oft soziale Betreuung und hat stets ein offenes Ohr für die Probleme ihrer Patienten. Nach 32 Jahren praktischer Erfahrung im Strafvollzug weiß sie aber auch gut zu unterscheiden, wann wirklich Betreuungsbedarf vorliegt und wann schlicht getrickst wird. „Auch ein Rollstuhl kann attraktiv sein“, ist an dieser Stelle zu erfahren, nämlich wenn damit finanzielle Ansprüche an das Sozialamt verbunden werden sollen.

Auch der stellvertretende Pflegedienstleiter Falko Fritz ist auf der von ihm betreuten psychiatrischen Station durchaus mit Patienten konfrontiert, die die Zusammenarbeit verweigern und ihren Protest gegen den Vollzug generell in Medikamentenverweigerung, falschen Angaben zu ihrem Krankheitsbild oder sogar verächtlicher Beschmutzung der eigenen Kleidung und Umgebung ausdrücken.

Allerdings gibt es gelegentlich auch erfreuliche Gegenbeispiele, zum Beispiel Patienten, die nach ihrer Entlassung Dankeskarten schreiben, die Bilder malen oder anerkennen können, dass sie ohne die

Behandlung im Vollzugs Krankenhaus verloren gewesen wären.

Klischeevorstellungen und Stammtischparolen

Weniger anerkennend zeigen sich demgegenüber leider Öffentlichkeit und Presse, was den Dienst im Strafvollzug angeht. Kriminalfälle interessieren in der Regel nur bis zur Urteilsverkündung und aller Resozialisierungsprogramme der letzten Jahrzehnte zum Trotz wird am Klischee des Wärters und Schließers eisern festgehalten. Wie die Tätigkeit hinter den Gefängnismauern tatsächlich aussieht, ob sie zunehmend durch Sprachbarrieren erschwert wird, ob eine Vielzahl altgedienter und hochengagierter Kolleginnen und Kollegen immer wieder personelle Engpässe auffängt und wie lange die Überalterung des Personals auf diese Weise überhaupt noch aufgefangen werden kann, interessiert kaum. Umso bemerkens-



Personal ist knapp im Justizvollzug

wert, mit wieviel Energie sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihrer Aufgabe widmen und den alltäglichen Frust wegstecken.

Aber auch die Insassen können kaum mit einer differenzierten Wahrnehmung in der Öffentlichkeit rechnen, die oft nur Stammtischparolen für ihre Probleme übrig hat. Nur wenige Interessierte sehen, was die Inhaftierten hauptsächlich sind, nämlich mit Freiheitsentzug bestrafte Menschen, die nicht selten krank und selber Opfer sind.

Nachdenklich sollte da eine Feststellung von Medizinaldirektor Lehmann stimmen: Täter verlieren im Gefängnis zur Strafe ihre Freiheit, nicht aber ihre Menschenwürde! Denn die ist laut Grundgesetz unantastbar.

männliches Borstentier	↘	Auslese der Besten	Singstimme	Gesichtsfarbe	Blutgefäß	↘	lediglich	musikalisches Bühnenwerk	↘	arabischer Männername	abgegrenzter Teil des Gartens	↘	Abendkleid	↘	Nörgler	Mitteilung, Hinweis (Kzw.)	↘					
Luft in die Lungen blasen	→					○2		Hotelboy	→				Vorbedeutung	→								
Unterarmknochen	→				Teigware	→				○5	Nachlassempfänger	→				getrocknetes Gras						
	↗							Ausflug zu Pferde	→				Widerhall	→	○7							
Beurteiler	↘	ein Südosteuropäer		Nachbarstaat des Iran		<p style="text-align: center;">UNSERE GEWINNER</p> <p>Elegante Schreibsets haben die Gewinner des Preisrätsels in der September-Ausgabe des hauptstadt magazins gewonnen:</p> <p>Dennis Ringo Maak, 14513 Teltow</p> <p>Andreas Hummel, 14532 Stahnsdorf</p> <p>Klaus Bayer, 12357 Berlin</p>						Anhänglichkeit, Loyalität	Rüpel, Rowdy (ugs.)		schmal; begrenzt							
	↗																					
ausgedehnt nach den Seiten	↘		von Wasser umgebenes Land		trainieren													Bodenerhebung		Bruder des Romulus		
Katzenschrei	→																	nicht kalt	↗			
	↗				Bindewort	Gestalt aus „Moby-Dick“ (Kapitän ...)	↘	Frau, die ein fremdes Kind stillt	↘	Pastenbehälter	↘	Handelsgut					häufig, mehrfach					
Klettertrieb einer Pflanze		○3	literarisches Ereignis	→			○8	Kartenspiel	→						Abkürzung für Montag							
Nachbarzimmer	→									Erwerb gegen sofortige Zahlung	→						○1					
Leid, Not	→				Insekt mit Stachel	→	○6					fast immer	→									

PREISRÄTSEL



Drei Einkaufsbeutel ...

die in jeder Hand(tasche) Platz finden und besonders schön gestaltet sind, hat die Deutsche Oper Berlin für unserer Preisausschreiben zur Verfügung gestellt. Die praktischen Helfer werden – wie immer – unter den Einsenderinnen und Einsendern der richtigen Lösung des Schwedenrätsels verlost.

Einsendungen bis zum 15. Oktober 2019 an:

dbb berlin
post@dbb.berlin
Fax: 030.327952-20

Mit ein wenig Losglück gehören Sie zu den Gewinnern!

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Investitionsoffensive für Berliner Kliniken gefordert!

Deutliche Nachbesserungen im Landeshaushalt 2020/2021 für notwendige Krankenhausinvestitionen werden in einem von der Berliner Krankenhausgesellschaft initiierten Offenen Brief gefordert. Das an die Mitglieder des Abgeordnetenhauses gerichtete Schreiben wurde auch vom dbb berlin und von der gkl berlin mitunterzeichnet.

Aus gutem Grund: Denn das Land Berlin ist seiner gesetzlichen Verpflichtung zur Investition in die Krankenhausinfrastrukturen viele Jahre lang nicht gerecht geworden. Dadurch hat sich, wie es in dem Offenen Brief heißt, eine gigantische Investitionslücke aufgetan, die an die Substanz der Krankenhäuser geht. Erforderlich ist aber angesichts der wachsenden Stadt Berlin bei zunehmender Alterung der Bevölkerung das Gegenteil, nämlich mehr und bessere Substanz bei Kliniken. Ausreichende und verlässliche Investitionsmittel sind unverzichtbar, um Zukunftsaufgaben meistern, den digitalen Wandel in der Medizin vollziehen, bessere Pflege anbieten und mehr Fachkräfte ausbilden zu können.

3,5 Milliarden Euro

Konkret wird in dem offenen Brief an die Abgeordneten appelliert, sich für Krankenhausinvestitionen in

Höhe von 3,5 Milliarden Euro für den Zeitraum von 2020 bis 2030 stark zumachen, um eine hochqualifizierte Versorgung zu gewährleisten, die Gesundheitswirtschaft zu stärken und Zukunftsperspektiven eröffnet.

Tatsächlich sind die 60 Krankenhäuser, die jährlich rund 900.000 Patientinnen und Patienten vollstationär und rund 1,3 Millionen Akutfälle auf hohem Qualitätsniveau versorgen, auch ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor für Berlin: Rund 53.000 Beschäftigte und viele weitere Arbeitsplätze in Zuliefernden Betrieben und bei Dienstleistern hängen von ihnen ab. Jährlich werden viele Hundert hochqualifizierte Fachkräfte ausgebildet und ihr Jahresumsatz beträgt fast fünf Milliarden Euro. ■



© MEV

Unterschrift muss nicht lesbar sein

Unterschriften dürfen verschnörkelt oder hingeschmiert sein. Sogar Schlangenlinien sind erlaubt. Nach einem Beschluss des Bundesgerichtshofs (BGH) – V ZB 203/14 – reicht es aus, wenn ein Schriftzug individuelle, charakteristische Merkmale aufweist, die eine Nachahmung erschweren.

Mit ihrem Beschluss gaben die Karlsruher Richter einer Beschwerde gegen eine Entscheidung des Landgerichts

Frankfurt statt, das eine Berufung als unzulässig verworfen hatte, weil der Anwalt des Klägers den entsprechenden Schriftsatz nicht ordnungsgemäß unterschrieben habe. Der Schriftzug hatte Ähnlichkeit mit Schlangenlinien.

Der BGH befand, eine ordnungsgemäße Unterschrift fehle nur, wenn die Linien als Kürzel gewertet werden könnten. Entscheidend sei, dass der Anwalt auch sonst in gleicher oder ähnlicher Weise unterschreibe.

Pflegeeltern gesucht!

Mit einer berlinweiten Kampagne suchen die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und die Familien für Kinder gGmbH Pflegeeltern, Kindern, die vorübergehend oder dauerhaft nicht in ihrer Familie leben können, ein neues Zuhause zu geben.



Ansprechpartner für Interessenten ist die Familien für Kinder gGmbH über die Webseite www.pflegekinder-berlin.de/

Im vergangenen Jahr konnten in Berlin nach Angaben von Senatorin Sandra Scheeres mehr als 500 Kinder in Pflegefamilien vermittelt werden. Gebraucht werden aber noch mehr Pflegeeltern. Die Kampagne soll deshalb alle aktivieren, die sich vorstellen können, einem Kind ein liebevolles Zuhause zu geben. Infrage kommen verheiratete und unverheiratete Paare, gleichgeschlechtliche Paare,

Paare mit und ohne leibliche Kinder, alleinstehende und alleinerziehende Mütter und Väter, Patchworkfamilien und Familien mit Migrationshintergrund.

Peter Heinßen, Geschäftsführer der Familien für Kinder gGmbH: „Pflegeeltern zu sein ist eine schöne, lebendige und vielseitige Aufgabe. Interessenten, die ein Pflegekind bei sich aufnehmen möchten, sollten Freude am Zusammenleben mit Kindern haben und sich auf ein fremdes Kind mit seiner ganz speziellen Lebensgeschichte einlassen können. Auf die Aufgabe als Pflegeeltern werden sie durch die Pflegeelternschulung vorbereitet, dazu gehören: ein Informationsabend, ein Vorbereitungsseminar, ein anschließender Überprüfungsprozess sowie eine Grundqualifizierung.“

Rückfragen:

Iris Brennerberger, Telefon: 030.90227-5844

Berliner Beihilfe-App auf der Zielgeraden

Nach einer zehnmonatigen Entwicklungsphase wird die Berliner Beihilfe-App voraussichtlich im Oktober 2019 mit einem bereits festgelegten Nutzerkreis in die Testphase gehen. Die Ausweitung auf den Echtbetrieb ist im nächsten Jahr vorgesehen. Die Beihilfestelle wird neue Sachstände jeweils zeitnah auf ihrer Internetseite veröffentlichen.

Die App ist in ihrem Aufbau an die bereits von zahlreichen Krankenkassen zur Verfügung gestellten Leistungs-Apps angelehnt, sodass Nutzerinnen und Nutzer von Krankenkassen-Apps den Ablauf der Antragstellung über die Beihilfe-App wiedererkennen und die Entbürokratisierung der normalen Antragstellung sicher begrüßen werden.

Ebenfalls im Laufe des nächsten Jahres soll ergänzend auch die Portallösung „Beihilfeantrag online“ im Internet in den Echtbetrieb gehen. Das Verfahren wird neben der Möglichkeit, Beihilfeanträge online

einzureichen, weitere Optionen wie die elektronische Bescheidzustellung, die Mitteilung von Stammdatenänderungen an die Beihilfestelle und eine Antrags- und Beleghistorie bieten.

Papierweg bleibt!

Ausdrücklich weist die Beihilfestelle nochmals darauf hin, dass entgegen anderslautender Veröffentlichungen, neben den Online-Angeboten der Beihilfestelle auch künftig der Papierweg den Antragstellerinnen und Antragstellern offensteht.